

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des
Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 23.10.2019

Elly-Heuss-Knapp-Schule
R 22 (Studienzentrum)
Riemenschneiderstr. 1
24534 Neumünster

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Andreas Hering
Herr Klaus-Dieter Iwers
Herr Thorsten Klimm
Herr Fatih Mutlu
Frau Babett Schwede-Oldehus

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Dr. Johann Oltmann Schröder
Frau Melanie Kalz
Herr Holger Karl-Schostag
Frau Marianne Lingelbach

Außerdem anwesend

Seniorenbeirat
KAG der freien Wohlfahrtsverbände
Forum der Vielfalt
Forum der Vielfalt
Dienststelle des Landesbeauftragten SH für
Menschen mit Behinderung
Diakonie, Schuldnerberatung
EHKS
mehrere Vertreter von Neumünster TV
1 Pressevertreter
8 Zuschauerinnen u. Zuschauer

Herr Hermann Nissen
Herr Heinrich Deicke
Frau Natali Schnar
Herr Ibrahim Ortacer
Herr Moritz Magnussen
Frau Sibylle Schwenck
Herr Uwe Vergin

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat
FDL 50
FD 50, Leiterin Seniorenbüro
FD 50, Quartierskoordinatorin
Stv. FDL 50
FD 10, Gesundheitsmanager
der Stadt Neumünster
FD 40.4

Herr Carsten Hillgruber
Herr Sönke Winter
Frau Romy Wietzke
Frau Andrea Engel
Herr Joachim Hucke
Herr Viktor Hardock
Herr Thomas Wittje

FD 03, Sozialplaner	Herr Arne Bollen
FD 03, Koordinierungsstelle f. Flüchtlinge	Herr Mohammad Alabbadi
FD 03, Koordinierungsstelle Integration	Frau Eilean Layden
FD 03, Koordinierungsstelle f. Flüchtlinge	Frau Manja Yalcin
FD 03, Geschäftsführerin SGA	Frau Gudrun Folchert
Personalrat	Herr Georg Müller

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Esther Hartmann

Bürgerschaftsmitglieder

Frau Harmke Janssen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 23.10.2019
4.	Information der EHKS zu Pflege- und Gesundheitsberufen
5.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.08.2019
6.	Einwohnerfragestunde
7.	Anträge und Anfragen
8.	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Beirat für Menschen mit Behinderung Vorlage: 0109/2018/An
9.	Berichterstattung der Diakonie über die Schuldnerberatung
10.	Vorstellung des neuen Gesundheitsmanagers bei der Stadt Neumünster, Herrn Hardock
11.	Vorstellung der Quartiersarbeit in Neumünster im Bereich Pflege und Betreuung
12.	Einsatz von Streetworkern in Neumünster Vorlage: 0411/2018/DS
13.	Handlungskonzept EU-Zuwanderung; hier: Soziale Betreuung für Neuzugewanderte mit Integrationsbedarf (EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Flüchtlinge) Vorlage: 0424/2018/DS
14.	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern (P 11) Vorlage: 0408/2018/DS
15.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Mitarbeiter von „Neumünster TV“ gerne Aufnahmen von der Sitzung ohne Ton und ohne direkte Einzelaufnahmen machen würden und dass die Ausschussmitglieder dies befürworteten. Er klärt, ob weitere Anwesende dagegen Bedenken hätten, was nicht der Fall ist.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr, entschuldigt die Abwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte liegen nicht vor.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 23.10.2019
-----	---

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 23.10.2019 wird einstimmig genehmigt.

4 .	Information der EHKS zu Pflege- und Gesundheitsberufen
-----	--

Der Vorsitzende gibt Herr Vergin Gelegenheit zur Vorstellung der Ausbildung im Bereich Pflege an der Elly-Heuss-Knapp-Schule. Anschließend erhalten die Ausschussmitglieder Gelegenheit für Fragen.

5 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.08.2019
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.08.2019 wird einstimmig angenommen.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

7 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es wird auf TOP 8. verwiesen, weitere Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

Die Vorlage **0109/2018/An** soll unter TOP 8. behandelt werden.

8 .	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Beirat für Menschen mit Behinderung Vorlage: 0109/2018/An
-----	---

Der Vorsitzende erteilt Herrn Karl-Schostag das Wort zur Erläuterung des Antrags.

Lt. Aussage von Herrn Karl-Schostag befürworte der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Herr Jahner, ebenfalls die Einrichtung eines Beirats für Menschen mit Behinderung.

Diskutiert wird, ob Herrn Jahner in der Funktion des Behindertenbeauftragten ein Rede- und Antragsrecht in der Ratsversammlung zustehen würde, wenn es einen Beirat geben sollte. Lt. Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber müsse dieses Recht in einer Satzung festgelegt sein.

Frau Schwede-Oldehus sehe die Einrichtung eines weiteren Beirats für Menschen mit Behinderung als kritisch, da er vermutlich sehr groß ausfallen würde. Außerdem sei die Idee zur Einrichtung nicht von Herrn Jahner selbst gekommen, und sein Vorgänger, Herr Florian, habe die Funktion des ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung gut wahrnehmen können. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Hering bringt einen formalen Ergänzungsantrag als Ziffer „2.“ zum vorliegenden Antrag ein; der bisherige Antrag solle die Ziffer „1.“ erhalten:

“

1. In der Stadt Neumünster soll es ein Gremium mit dem Namen Beirat für Menschen mit Behinderung geben, der als Ansprechpartner für die Stadt Neumünster fungiert und sich für Barrierefreiheit im Stadtgebiet einsetzt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, einen Satzungsentwurf zur Einrichtung eines Beirats für Menschen mit Behinderung zu erarbeiten und vorzulegen.“

Lt. Herrn Hering sei die Stadt Neumünster der „Erklärung von Barcelona“ beigetreten, und Ziel sei ein barrierefreies - mindestens barrierearmes - Leben in Neumünster. Es gebe einen großen Handlungsbedarf, um dieses Ziel zu erreichen, was auch Herr Jahner entsprechend sehen würde.

Herr Hering bitte um Zustimmung zu diesem Ergänzungsantrag sowohl im Sozial- und Gesundheitsausschuss als auch in der Ratsversammlung. Einzelheiten sollten dann später im weiteren Verlauf geklärt werden.

Frau Lingelbach sehe keine Probleme hinsichtlich des Antragsrechts sowie mangelnder politischer Unterstützung und verweise auf die Zusammensetzung des „Runden Tisches“ mit mindestens 22 Personen; sie befürchte, in einem Beirat für Menschen mit Behinderung könne die Politik überproportional gegenüber den Betroffenen beteiligt werden. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag so nicht zustimmen, da zudem auch zu wenig Fakten vorlägen.

Lt. Herrn Dr. Schröder würden die Grünen die Angelegenheit an sich pragmatisch sehen und hielten ein zusätzliches Gremium nicht für zwingend erforderlich, aber der große Handlungsbedarf, behinderten Menschen ein barrierearmes Leben zu ermöglichen, werde gesehen, und deswegen sollte sich die Stadt hier gut aufstellen.

Lt. Frau Schwede-Oldehus hätte sich die CDU-Fraktion einen interfraktionellen Antrag gewünscht.

Herr Karl-Schostag könne nachvollziehen, dass Details noch zu klären seien. Jetzt solle eine Vorberatung erfolgen und deswegen sei versucht worden, Herrn Dr. Haase, den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein, zur Sitzung einzuladen.

Die Dienststelle des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein wird auf Grund von Terminenge im heutigen Ausschuss von Herrn Moritz Magnussen vertreten, der vom Ausschussvorsitzenden für weitere Erläuterungen das Wort erhält.

Herr Magnussen führt aus, dass in Schleswig-Holstein die kommunalen Beauftragten überwiegen und es hierzulande fünf Beiräte gebe. Grundsätzlich sei weder die eine noch die andere Variante besser - es käme auf die Situation vor Ort an. Während ein Beirat mehr Vielfalt beinhalte und die Arbeitsbelastung aufgeteilt werden könne, sei eine Behindertenbeauftragte / ein Behindertenbeauftragter flexibler.

In der Regel würden die Beiräte nicht monatlich, sondern quartalsweise tagen. Bei der Zusammensetzung sei eine paritätische Besetzung mit Betroffenen und der Politik kritisch zu sehen. Denkbar wäre, dass alle Fraktionen einen Platz ohne Stimmrecht hätten.

Die Möglichkeiten zur Schaffung von Barrierefreiheit und Gebärdensprache, die beide fraglos sehr gut und hilfreich seien, seien eine Frage der Umsetzbarkeit und bedürften auf Grund des Kostenfaktors der politischen Diskussion.

Bezüglich des Antrags- und Rederechts wäre die Gemeinde- und Kreisordnung analog anzuwenden, und die Regelungen für die Seniorenbeiräte würden entsprechend gelten. Eine Behindertenbeauftragte / ein Behindertenbeauftragter könne nicht selber Anträge stellen. Die Situation des Landesbeauftragten sei ebenfalls so, dass er sich zur Durchsetzung von Forderungen Fraktionen suchen müsse, die diese mittrage würden.

Herr Magnussen habe ebenfalls mit Herrn Jahner gesprochen, der gerne auch Beiratsvorsitzender werden würde.

Möglich sei es, dass Behindertenbeauftragte zukünftig ein Rederecht bekämen; hier laufe zzt. ein politischer Prozess auf Landesebene.

Herr Magnussen unterbreitet der Verwaltung das Angebot, bei Beschluss des Ergänzungsantrags seitens der Dienststelle des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung Schleswig-Holstein an einem Satzungsentwurf mitzuarbeiten und zu beraten.

Herr Klimm führt aus, dass der bisherige Antragstext grundsätzlich als „1.“ beschlossen werde könne und unter „2.“ der Ergänzungsantrag. Nach dem Antragstext folge dann später die Begründung.

Lt. Frau Lingelbach arbeite der „Runde Tisch“ effektiv, und in einem Beirat für Menschen mit Behinderung kämen voraussichtlich Vertreterinnen und Vertreter der Blinden- und Behindertenverbände hinzu. Wenn die Mitglieder des „Runden Tisches“ Mitglieder des Beirats werden würden und Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik hinzukämen, wäre dieses Gremium größer als 30 Personen.

Herr Hering spricht sich dafür aus, heute die Anträge unter „1.“ und 2.“ zu beschließen und im weiteren Prozess den Landesbeauftragten zu beteiligen. Dann sei der Weg frei für weitere Diskussionen, die Klärung von Einzelheiten sowie die Einbeziehung des „Runden Tisches“.

Der Ausschussvorsitzende fragt Herrn Karl-Schostag, ob er bereit sei, den Antrag entsprechend zu kürzen sowie die Dienststelle des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung einzubeziehen.

Der im Publikum anwesende Ratsherr Griese und Herr Karl-Schostag stimmen der entsprechenden Kürzung des Antrags zu.

Der Vorsitzende lässt über dem Antrag zu „1.“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

Beschluss:

Beschlossen

Beschluss zu „2.“:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

Beschluss:

Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

9 .	Berichterstattung der Diakonie über die Schuldnerberatung
-----	---

Der Ausschussvorsitzende gibt Frau Schwenck Gelegenheit über die Schuldnerberatung zu berichten.

Lt. Frau Schwenck sei der Bedarf an Schuldnerberatung hoch und weiter steigend. Die Schuldnerberatung erreiche aktuell ca. 10% der betroffenen Menschen, und weitere finanzielle Mittel seien willkommen, um neue Stellen zu etablieren und insbesondere auch, um verstärkt Präventionsarbeit zu leisten.

Wesentliche Ursachen für vorhandene Schulden lägen in Arbeitslosigkeit, fehlender Ausbildung (bei fast 50% der Personen) oder auch fehlenden Schulabschlüssen. 2/3 der unter 25-Jährigen hätte keine Ausbildung und 1/5 dieses Personenkreises sei ohne Schulab-

schluss.

In der Jugendberufsagentur werde eine Beratung durch eine dort fest eingesetzte Kollegin angeboten und es gebe eine zweite Außenberatung im Jobcenter. Die Kontaktaufnahme zur Schuldnerberatung erfolge hier eher durch die Betroffenen als durch Mitarbeitende des Jobcenters.

Ein weiterer bedeutender Faktor für das Entstehen von Schulden sei Erwerbsarmut - die Quote der erwerbstätigen Armen sei viel höher als die der erwerbslosen Armen. Gründe für Schulden seien auch Verbrauchsinsolvenzen und unwirtschaftliche Haushaltsführung. Bei Männern kämen als hauptsächliche Gründe Arbeitslosigkeit, Straffälligkeit sowie Unterhaltsverpflichtungen hinzu.

Der Schuldnerberatung sei es ein Anliegen, nach vertraglicher Bestimmung auch Geld für Präventionsarbeit einsetzen zu dürfen - insbesondere im Bereich der Jugendüberschuldung sei der Ausbau der Präventionsarbeit sehr wichtig.

Lt. Frau Schwenck werde ein Anstieg der Altersarmut in zwei bis drei Jahren erwartet.

Problematisch seien auch überschuldete Eltern, da sich die Folgen der Schulden gleichzeitig auf die Kinder auswirkten.

Herr Deicke ergänzt, dass die Renten von Frauen oft geringer seien als die der Männer und dass es mehr Witwen als Witwer gebe.

10 .	Vorstellung des neuen Gesundheitsmanagers bei der Stadt Neumünster, Herrn Hardock
------	---

Der Ausschussvorsitzende gibt Herrn Hardock Gelegenheit zur Vorstellung, und im Anschluss ist Gelegenheit für Fragen.

11 .	Vorstellung der Quartiersarbeit in Neumünster im Bereich Pflege und Betreuung
------	---

Frau Engel wird vom Vorsitzenden um Vorstellung der Quartiersarbeit in Neumünster im Bereich Pflege- und Betreuung gebeten, und danach gibt es Gelegenheit für Fragen.

12 .	Einsatz von Streetworkern in Neumünster Vorlage: 0411/2018/DS
------	---

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erhält vom Vorsitzenden das Wort und gibt eine kurze Einführung.

In der anschließenden Diskussion weist Herr Karl-Schostag auf den aus Sicht seiner Fraktion fehlenden Bereich der sozialen Medien hin - dies werde durch den vorgelegten Ergänzungsantrag der „LINKEn“ deutlich.

Herr Hering entgegnet, dass die Vorlage auf ein Rahmenkonzept für Streetwork in Neu-

münster abziele, für das jetzt erst einmal der Auftrag erteilt werden sollte - insofern sei der Ergänzungsantrag aktuell schwierig und er empfehle, ihn heute zurückzuziehen - weitergehende Ergänzungen könnten dann später per Änderungsantrag erfolgen.

Ratsherr Griese aus dem Publikum und Her Karl-Schostag stimmen sich dahingehend ab, den Ergänzungsantrag heute zurückzuziehen.

Beschluss zum Ergänzungsantrag:

Zurückgezogen

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig angenommen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

13 .	Handlungskonzept EU-Zuwanderung; hier: Soziale Betreuung für Neuzugewanderte mit Integrationsbedarf (EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Flüchtlinge) Vorlage: 0424/2018/DS
------	--

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erhält vom Ausschussvorsitzenden das Wort und erläutert die Vorlage.

Nach Beschluss des EU-Zuwanderungsgesetzes solle jetzt schnell die operative Umsetzung erfolgen. Herr Erster Stadtrat Hillgruber bittet Frau Layden, den aus ihrer Sicht wichtigsten Punkt hierbei zu benennen, und Frau Layden nennt die Sozialbetreuung. Während die Zahl der Flüchtlinge sinke, steige die der Zugewanderten aus der EU, und insgesamt gebe es einen wachsenden Bedarf. In diesem Bereich könnten Zuständigkeiten zusammengeführt und erweitert werden. Herr Dr. Schröder erkundigt sich nach der Finanzierung, die durch die EU erfolge.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

14 .	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern (P 11) Vorlage: 0408/2018/DS
------	---

Der Ausschussvorsitzende gibt das Wort an den Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der von einer bedeutenden Maßnahme spricht. Die Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern müsse ausgeweitet und intensiviert werden, da sich die Kinder in einer extrem belasteten Situation befänden.

Herr Hentschel fragt, ob es nach Ablauf von drei Jahren für die Zeit ab 2023 einen neuen Beschluss geben müsse, was bejaht wird.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

15 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist darauf hin, dass der Jugendberufsagenturbericht 2019 dem Ausschuss Anfang 2020 vorgelegt werden solle.

Sami Inci
(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert
(Geschäftsführerin SGA)